

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.12.1930 (No. 288)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, Fernsprecher Nr. 933 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen insbes. Rabat, der als Rabatrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Weitverbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschaublätter für Baden, Badischer Zentralschaublätter für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Der Betrieb des Landesbades in Baden-Baden
Das Landesbad in Baden-Baden wird am 23. Dezember 1930 geschlossen.

Die Abrüstungskonvention

Deutschland gegen die darin enthaltene Erneuerung der einseitigen Entwaffnung

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuss des Völkerbundes hat am Dienstag in Genf seine 6. Tagung und damit seine mehr als vierjährige Arbeit, die der Vorbereitung der im Völkerbundspakt vorgesehenen Abrüstung gelten sollte, abgeschlossen. Das Ergebnis liegt jetzt in Form eines Entwurfes vor, der Grundsätze für ein allgemeines Abkommen über die Abrüstungen enthält und die Grundlage für die Arbeiten der künftigen Abrüstungskonferenz, deren Einberufung der Völkerbundsrat im Januar beschließen soll, bildet.

Die zahlreichen Bestimmungen, die im Verlauf der letzten Jahre entstanden, haben gezeigt, daß eine nicht unbedeutende Minderheit diesen Entwurf nicht für eine befriedigende Lösung des Abrüstungsproblems hält. Die deutsche Delegation hat sich gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit ausgesprochen, weil er das in Versailles geschaffene System der Abrüstungsgleichheit aufrechterhält und sich in einzelnen Fragen, wie z. B. derjenigen der ausgebildeten Kräfte und des Heeresmaterials, in einer Weise verhält, die praktisch auf eine Aufrechterhaltung, ja sogar auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Abrüstungsstandes hinausläuft.

Der politisch wichtigste Artikel des Entwurfes, der die einseitigen Entwaffnungsbedingungen des Versailler Vertrages noch einmal aufgreift, hat in den jetzigen Beratungen des Ausschusses die endgültige Formulierung erhalten. Die französische, von England unterstützte Fassung besagt, daß die Abrüstungskonvention in keiner Weise die Verpflichtungen früherer Verträge berührt, durch die gewisse Signatarstaaten eine Begrenzung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte eingegangen seien.

Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der Konventionentwurf praktisch für eine Reihe Staaten Anstrichungen bringen wird, da in der Debatte von den Vertretern einzelner Länder betont wurde, daß ihre Abrüstungen noch nicht den Stand der für sie notwendigen Sicherheit erreicht hätten.

In dem Bericht des Ausschusses an den Völkerbundsrat kommt die ablehnende Haltung der deutschen Delegation in folgendem, vom Grafen Bernstorff eingereichten Vorbehalt zum Ausdruck:

„Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie wegen des Art. 52, soweit er nicht die Verträge von Washington und London berührt, gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit stimmen muß. Der von der Mehrheit des Ausschusses aufgestellte Konventionentwurf schließt von einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen wesentliche Elemente aus. Statt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, würde dieses Projekt nur dazu dienen, den wirklichen Stand der Rüstungen der Welt zu verfestigen, ja er würde sogar eine Erhöhung der Rüstungen gestatten. Wenn Deutschland diese Konvention unterzeichnen würde, so würde das eine Erneuerung der Unterwürigkeit unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten.“

Der deutsche Vorbehalt ist vom Vorbereitenden Ausschuss zur Kenntnis genommen und dem Berichterstatter zur Einfügung in den Bericht überwiesen worden.

Ein englischer Kommentar

W.D. London, 10. Dez. (Tel.). „News Chronicle“ sagt in einem Leitartikel: Es ist zweifellos unmöglich, von dem Genfer Konventionentwurf mit Begeisterung zu sprechen. Weder Frankreich, noch Italien, noch Polen, noch einer der kleinen Staaten Ost- und Südosteuropas will mehr für die Abrüstung tun, als Nebenarten machen, solange Rußland eine gut ausgerüstete Armee von einer Million Mann unterhält, deren Organisation und Schlagkraft sich von Monat zu Monat erhöhen. Es ist ein Circulus vitiosus; denn wenn die Alliierten ihre in Versailles übernommene Verpflichtung zur Abrüstung nicht ausführen, wie lange können sie ganz darauf rechnen, daß Deutschland seinerseits die ihm aufgezwungene Vereinbarung einhalten und militärisch machlos bleiben wird?

Die Regierungskrise in Frankreich

Laval's Bemühungen

W.D. Paris, 10. Dez. (Tel.). Die Lage hinsichtlich der Regierungskrise hat nach der gestrigen nochmaligen Ablehnung der Radikalen, in ein Kabinett einzutreten, dem auch Mitglieder der Fraktion Marin angehören, eine Klärung insoweit erfahren, als nunmehr Pierre Laval nichts mehr übrig bleibt, als entweder auf die Kabinettsbildung zu verzichten oder zu versuchen, die alte Lardieu-Mehrheit zusammenzubringen, es sei denn, daß er sich darauf beschränkt, unter Ausschluß der beiden Opponenten (Marin-Gruppe und Radikale) eine Art Minderheitsregierung zustandebringen.

„Marin“ erklärt, Laval sei nicht der Mann, sich einschüchtern oder entmutigen zu lassen, er werde trotz allem sein Kabinett bilden. Angesichts der Weigerung der Radikalen könne man gleich voraussagen, daß die Zusammensetzung des neuen Kabinetts sich von der des gestrigen kaum unterscheiden werde. „Echo de Paris“ glaubt, daß sich, abgesehen davon, daß Laval das Innenministerium und Lardieu das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernehmen, an der bisherigen Zusammensetzung des Kabinetts sich kaum etwas ändern würde. Briand bleibe natürlich Außenminister und Maginot Kriegsminister.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Die Vorstöße der Rechten

M. Berlin, 10. Dez. (Priv.-Tel.). In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß heute abend bei Festsetzung der Tagesordnung für Donnerstag noch ein zweiter Versuch gemacht werden wird, eine außenpolitische Debatte herbeizuführen. Nachdem aber die Christlich-Sozialen in ihrer parteioffiziellen Erklärung erklärt haben, daß sie eine solche Aussprache für unzulässig halten, und die Wirtschaftspartei gestern denselben Standpunkt bei der Abstimmung eingenommen hat, nachdem ferner heute der Vorsteher der drei Tage, die in dieser Woche noch vorhanden sind, für andere Vorlagen in Beschlag genommen hat, sieht man die Gefahr als nicht sehr groß an. Damit würden sich auch die drei Mißtrauensanträge erledigen, die von der Rechten gegen Curtius, Wirth und Treviranus eingebracht worden sind, weil sie zu keinem Gegenstand der Tagesordnung mehr passen.

Landwirtschaftsfragen im Reichskabinett

Keine weiteren Zollerhöhungen bevorstehend

W.D. Berlin, 10. Dez. (Priv.-Tel.). Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett sich in seiner Nachsitzung mit der Frage befaßt, ob der gegenwärtige Zollschutz — a. B. für Düngemittel — unter dem stärker werdenden Druck des Auslandes ausreicht. Der Reichsernährungsminister hatte offenbar den Wunsch, daß das Kabinett sich vom Reichstag die Ermächtigung geben lassen sollte, die Zölle je nach den Schwankungen der Weltlage zu variieren. Nach diesem System wird die französische Zollpolitik praktisch gehandhabt. Die Diskussion im Kabinett hat aber ergeben, daß die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig hält, sich jetzt, kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstags, noch um eine solche Ermächtigung zu bemühen.

Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß weitere Zollerhöhungen nur schwer mit einer Politik vereinbart werden können, die auf die Herabsetzung der Preise und Löhne hinwirken will. Man beurteilt zudem die Lage der Landwirtschaft dahin, daß eine Reihe von Symptomen dafür spricht, daß die Agrarkrise nun doch allmählich zum Stillstand kommt. So widelt sich die Müchzahl der Düngemittelkredite, für die man recht schwarz sah, jetzt viel glatter ab als in früheren Jahren. Schließlich sieht man z. B. in der Tatsache, daß der Weizenpreis im Hamburger Freihafen 6,20 RM und in Berlin 12,80 RM beträgt, einen Beweis dafür, wie unabhängig ein Teil der Agrarprodukte preismäßig bereits von der Weltlage getrennt ist, die eine ständig sinkende Preisrendenz zeigt. In politischen Kreisen sieht man hierin ein wesentliches Verdienst des Reichsernährungsministers Schiele, der sich übrigens selbst den Argumenten nicht verschloffen hat, die für den Augenblick gegen weitere Zollerhöhungen sprechen. Das bedeutet, daß die gestrige Darstellung eines Berliner Abendblattes, aus der man auf eine Schiele-Krise schließen mußte, vollkommen unrichtig ist.

Von anderer Seite erfahren wir noch, daß doch im Kabinett beträchtliche Meinungsverschiedenheiten herrschen und daß ferner die Beratungen fortgesetzt werden sollen. Den Weg der Notverordnungen will man jedoch bei einer Erhöhung von Zöllen unter keinen Umständen beschreiten, sondern, immer eine Einigung vorausgesetzt, die Gesetze lediglich auf parlamentarischer Grundlage erledigen. Es ist ohnehin nicht damit zu rechnen, daß die Angelegenheit vor Ende Januar oder gar erst Mitte Februar sprudelt wird. Damit scheinen sich zunächst alle Kombinationen zu erledigen, die in dieser Zollfrage verschiedentlich in der Öffentlichkeit laut geworden sind.

Demonstrationsverbot in Berlin

W.D. Berlin, 10. Dez. (Tel.). Der Polizeipräsident teilt mit: Nachdem die verschiedenen politischen Kundgebungen in den letzten Tagen trotz geringfügiger Beteiligung (in keinem Falle mehr als 6000 Personen), eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben, hat der Polizeipräsident auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung von Mittwoch, den 10. Dezember 1930, ab 14 Uhr, sämtliche Kundgebungen und Umzüge unter freier Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrechterhalten mit der Ausnahme, daß eine Anzahl von Mägen, deren Namen noch bekanntgegeben werden, für Versammlungen freigegeben werden. Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Straßen und Plätzen wird jede Ansammlung und Umzüge ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut.

Nachricht von der deutschen Grönlandexpedition

W.D. Hamburg, 10. Dez. (Tel.). Wie dem Hamb. Fremdenblatt von einem Leser mitgeteilt wird, habe dieser gestern ein privates Telegramm von einem Teilnehmer der deutschen Grönlandexpedition erhalten. Das Telegramm ist aufgegeben von der Besatzung am 2. Dezember. Demnach dürften die Befürchtungen über das Schicksal der Expedition erfreulicherweise unbegründet sein.

* Brünnings Politik

und ihre Erfolge

Im Ausland wird die Abstimmung vom letzten Samstag, die sich gegen die Aufhebung der Notverordnung aussprach, als ein neuer Beweis für die Kreditwürdigkeit Deutschlands betrachtet. Wie man aus Berlin meldet, haben die amerikanischen Banken Monats- und Vierteljahrsgehälter, die eigentlich am 10. Dezember fällig gewesen wären, ohne weiteres um mehrere Monate prolongiert. Auch sonst ergibt sich aus der Lektüre der ausländischen Presse die Tatsache, daß man allenthalben jene Abstimmung als einen bedeutenden Erfolg der ruhigen und zielklaren Politik Brünnings empfindet.

Diese Zielklarheit der Brünningschen Politik ist ihr allergrößter Vorzug und gleichzeitig Erklärung dafür, daß sich bisher eine gegen das Kabinett gerichtete Mehrheit im neugewählten Reichsparlament nicht gebildet hat. Auch gestern ist dank der Entschiedenheit, mit welcher der Reichskanzler die Vertagung der außenpolitischen Debatte begründete, und dank den Argumenten selbst, die er und der Oberpräsident von Schlesien ins Treffen zu führen hatten, eine Mehrheit für die Auffassung des Kabinetts zustande gekommen. Und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch weiter diese Mehrheit, zu der sich jetzt auch die Christlich-Sozialen und die Wirtschaftspartei bekennen, vorhanden sein wird, wenn es gilt, die Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius bis zum Februar zu vertagen.

Jedenfalls hat der Reichskanzler gestern einen neuen Erfolg davongetragen. Natürlich ist es nicht allein seine Entschiedenheit, seine Zielklarheit und das Ausspielen überzeugungskräftiger Argumente, die diesen Erfolg erringen halfen, sondern es ist auch die eigenartige Zusammenfassung des Reichstags selbst, die ihn erklärt. Dieser Reichstag ist ohne eine Führung durch das Reichskabinett vollkommen arbeitsunfähig. Und er wäre auch arbeitsunfähig, wenn die Nationalsozialisten statt 107 Abgeordnete 170 Abgeordnete besäßen. Denn auch dann würden sie zusammen mit der vielleicht noch übrig gebliebenen Fraktion von 15 Deutschenationalen und 77 Kommunisten noch immer keine feste Mehrheit gegen die Regierung bilden können. Die Mehrheit in diesem Reichstag beträgt bei einer Gesamtziffer von 577 Mandaten 289 Stimmen. Es ist nicht recht zu erkennen, wie von der Opposition selbst im günstigsten Falle, selbst dann, wenn noch mehr bürgerliche Wähler zu den Nationalsozialisten hinüberzuwandern, eine solche Mehrheit herauskommen sollte.

Im übrigen wird sich ganz zweifellos die zielklare Politik Brünnings, wenn sie sich erst einmal auf der Grundlage der Notverordnung und der noch zu erwartenden Reformgesetze auswirkt, im Sinne einer Sanierung der Wirtschaft und einer Verhütung der öffentlichen Erregung bemerkbar machen. Und sowie eine derartige Verhütung stattgefunden hat, wird ganz von selbst die Grenze erreicht sein, bis zu welcher sich der Nationalsozialismus ziffernmäßig entwickeln kann. Wenn der Nationalsozialismus, der ja auch nach den neuesten Erklärungen seiner Führer durchaus legal vorzugehen wünscht, überhaupt Einfluß auf das politische Geschehen gewinnen will, dann wird er selbst auf die Dauer um eine Koalition nicht herumkommen.

Das Beispiel der Sozialdemokratie ist ja in dieser Hinsicht außerordentlich lehrreich. Um nicht alles zu verlieren, hat die Sozialdemokratie gegen die Aufhebung der Notverordnung, also für das Kabinett gestimmt, obwohl sie weiß, daß dieses Kabinett gewiß keine sozialistische oder sozialistischen Theorien entgegenkommende Politik treibt. Eine Parteipolitik hundertprozentiger Wunsch Erfüllung gibt es eben nicht.

Betrachtet man den Reichstag vom Standpunkt der Regierung aus, so sieht man ein Chaos sich wild bekämpfender Kräfte vor sich. Gewiß wäre es gut, aus diesen Kräften eine zuverlässige und kompakte Mehrheit zu bilden. Die gestrigen Ereignisse im Parlament, wo sich bei der Erörterung der Möglichkeit einer außenpolitischen Debatte das Parlament in zwei Teile spaltete, die Anhänger des für die außenpolitische Debatte begeisterten Teils sich aber gegenseitig aufs schlimmste in die Haare gerieten, diese Ereignisse haben noch zu allem Überflus bewiesen, daß man eine geschlossene Koalitionspolitik einführen in diesem Parlament nicht treiben kann. Das Kabinett muß

selbst die Führung übernehmen und es darauf ankommen lassen, ob es eine Mehrheit im Reichstag findet oder nicht.

So, wie die Dinge heute liegen, ist es durchaus denkbar, daß das Kabinett Brüning volle vier Jahre, bis zum nächsten, verfassungsmäßigen Termin der Reichstagswahlen, amtiert, alle seine Pläne verwirklicht und für jeden Plan immer wieder eine Mehrheit im Parlament findet. Auch die Deutsche Volkspartei hat ja neulich anerkannt, daß man deshalb eine gute Politik nicht abzulehnen brauche, weil sie von einer an und für sich bekämpften Partei aus andern Gründen gleichfalls unterstützt wird.

Uns will es manchmal so scheinen, als ob die Position des Reichskanzlers viel stärker ist, als vielfach angenommen wird. Gerade die Uneinigkeit im Parlament, gerade die Tatsache, daß dieses Parlament sich aus sich selbst zu einem einheitlichen Mehrheitswillen gar nicht aufrufen kann, bedingen die Stärke des Kabinetts. So ist es immer in der Geschichte gewesen, daß die Schwäche des Parlamentes die Position eines wirklich zielbewußten Kabinetts gestärkt hat.

Natürlich ist diese Zielsicherheit grundlegende Voraussetzung. Und wir wissen, daß es zum mindesten dem Reichkanzler selbst an dieser Zielklarheit und Entschlossenheit nicht fehlt. Damit ist aber seine Bedeutung als führender Politiker nicht erschöpft. Der Reichkanzler ist Flug genug, sich angeichts des parteipolitischen Chaos im Reichstag nach keiner Richtung hin für immer festzulegen. Er nimmt, wie jeder Staatsmann in dieser Lage, die Mehrheiten, wo sie sich bieten. Das ist praktische Politik. Ein festes Ziel vor Augen haben und dieses Ziel erreichen mit allen legalen Mitteln, die sich darbieten! Die Frage nach Koalitionen beantwortet sich damit ganz von selbst. Da sich eine feste Koalition nicht bilden läßt, andererseits Mehrheiten zustande kommen müssen, bildet sich die Regierung diese Mehrheiten nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten. Wenn morgen die Kommunisten für die Regierung stimmen, auch dann gut. Es sind immerhin 77 Stimmen. Und, wenn übermorgen die Nationalsozialisten bei dieser zustimmenden Mehrheit sein sollten, dann ebenso gut; dann sind es sogar 107 Stimmen. Die Hauptsache ist die, daß das Kabinett seinen Willen klar zum Ausdruck bringt und seine Entschlossenheit bekundet, bis zum äußersten für sein Programm einzustehen. In Kleinigkeiten kann man immer Konzessionen machen, wie das ja auch bei der Notverordnung geschehen ist.

Wir empfehlen die Lektüre dieser unserer Ausführungen auch dem *Karlsruher Organ der Nationalsozialisten*, das sich in seiner heutigen Nummer ausführlich mit der „*Karlsruher Zeitung*“ beschäftigt. Es ist durchaus nicht überraschend, daß im „*Badischen Beobachter*“ und in der „*Karlsruher Zeitung*“ die Koalitionsfähigkeit auch der Nationalsozialisten prinzipiell anerkannt wurde. Nach dem bekannten, von uns schon häufig zitierten Wort des Zentrumsabgeordneten Ruffner, besteht diese Koalitionsfähigkeit grundsätzlich für alle Parteien, sogar für die Kommunisten, falls sie willens sind, der Regierung und ihrer Politik zuzustimmen.

Mit der Weltanschauung hat das alles zunächst gar nichts zu tun. Bismarck hat z. B. 1879 seine Schutzpolitik mit Hilfe des Zentrums durchgedrückt, also mit Hilfe einer Partei, zu der er weltanschauungsgemäß in schärfstem Gegensatz stand, und mit der er noch eben den die Gemüter bis ins Tiefste aufwühlenden Kulturkampf durchgeföhrt hatte. Die Politik hat mit den gegebenen Kräften zu rechnen und mit diesen zu arbeiten. Daß in diesen Kräfte sich Unponderabilien und Weltanschauungen ausdrücken, versteht sich von selbst. Nur ist es bisher in Deutschland noch nie möglich gewesen, das ganze Volk, alle Parteien und Schichten auf dem Boden einer Weltanschauung zu einigen.

Das alle vereinigende Band sollte ja immer das Nationalgefühl sein. Aber wir sehen ja, wie verschieden dieses Gefühl reagiert. Gestern haben die einen aus Nationalgefühl für die Anberaumung der außenpolitischen Debatte gestimmt, die andern waren aus eben demselben Nationalgefühl — nämlich, um die nationalen Interessen der Oberschlesier nicht zu gefährden — gegen eine solche Debatte. Daß dieses Nationalgefühl bei uns in Deutschland oft noch kräftiger in Erscheinung treten könnte, und daß man vor allem die lodernde nationale Begeisterungsfähigkeit unserer Jugend verständnisvoll und mit hellstem Jubel zu begründen hat, das ist allerdings eine nicht zu erschütternde Erkenntnis.

Der Völkerverbund untersucht die belgische Rebellkatastrophe. Bei der belgischen Regierung ist eine Aufforderung der Hygieneabteilung des Völkerverbunds sekretariats eingegangen, ihr sobald wie möglich einen genauen Bericht über das Unglück, das die Bevölkerung des Maastales betroffen hat, zu geben zu lassen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen wird amtlich für den 7. Dezember mit 2.305.689 angegeben. Diese Ziffer ist um 19.179 höher als die der Vorwoche, und um 1.002.709 höher als am 1. Dezember 1929. Im Unterhause wurde am Dienstag mit 274 gegen 225 Stimmen ein Ergänzungskredit von 10 1/2 Millionen Pfund Sterling für die Arbeitslosenversicherung angenommen.

Beantworte Lohnsenkung im belgischen Bergbau. Die Arbeitgebervertreter haben, wie aus Brüssel gemeldet wird, bei dem Gemischten Bergwerksausschuß den Antrag auf eine 5prozentige Lohnsenkung für alle Bezirke eingereicht. Die Arbeitgebervertreter haben Bedenken bis zu einer in 14 Tagen stattfindenden neuen Zusammenkunft verlangt.

Der polnische Sejm wurde am Dienstag eröffnet. Ministerpräsident Stawek verlas die Eröffnungsbotschaft des Staatspräsidenten. Die kommunistische Gruppe verdrängte eine Kundgebung, worauf sie durch die Sejmwache aus dem Saale entfernt wurde. — Zum Sejmarschall wurde Casimir Swiatkisi (Regierungsblock) gewählt.

Die außenpolitische Debatte vertagt Wieder eine Mehrheit für die Regierung Brüning

Die Reichstagsitzung am Dienstagnachmittag begann mit der Berichterstattung über die Notverordnung. Infolge Veränderung der Platzverteilung im Reichstag hat sich der immerhin bisher noch nicht dagewesene Fall ereignet, daß bei der namentlichen Abstimmung Stimmlisten mit den Namen von Abgeordneten abgegeben wurden, die gar nicht an der Sitzung teilgenommen hatten. Das Ergebnis der Abstimmung ändert sich dadurch nicht, aber es hat sich herausgestellt, daß die Stimme des einen Wirtschaftsparteilers, die von dem Votum der übrigen Fraktionsmitglieder abwich, tatsächlich die Stimme eines Abgeordneten der Bayer. Volkspartei war, der versehentlich die Stimmliste seines Nachbarn abgegeben hatte.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stand die erste Beratung des Pensionskürzungsgesetzes, das — wie mitgeteilt — von einer bestimmten Mindestgrenze an das Arbeitseinkommen eines pensionierten Beamten auf die Pension oder das Wartegeld anrechnen will, um das Doppelverdienersystem möglichst einzuschränken. In der Aussprache lehnten die Redner der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die Vorlage als einen Eingriff in die Beamtenrechte ab. Der Zentrumsvertreter stimmte dem Entwurf im wesentlichen zu, ebenso der Redner der Bayerischen Volkspartei. Den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion und der Kommunisten gingen die Bestimmungen der Vorlage noch nicht weit genug, während der Redner der Nationalsozialisten sich ziemlich ablehnend verhielt und die Pension als einen erbschaftlichen Gehaltsanteil bezeichnete, den man nicht kürzen dürfe.

Die Aussprache, die voraussichtlich mit der Überweisung der Vorlage an den Beamtenausschuß enden wird, mußte unterbrochen werden, weil die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen über die vielen Änderungsanträge zu den Notverordnungen noch erledigt werden mußten. Mit wechselnden Mehrheiten wurden die kommunistischen Anträge abgelehnt, die statt der in der Notverordnung vorgesehenen Deduktionsmaßnahmen tabuläre Vermögenssteuererhöhungen u. dgl. forderten.

Die Anträge der übrigen Parteien, die sich auf Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, Steuern- und Wirtschaftsfragen beziehen, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte entwickelte sich über den Antrag der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten, am Mittwoch eine außenpolitische Debatte unter besonderer Berücksichtigung der polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit zu führen. Gegen diesen Antrag sprach der obereschlesische Reichstagsabgeordnete Wiska mit der Begründung, eine solche Debatte könnte leicht die Aktion gefährden, die vom Präsidenten der gemischten Kommission, Galonder, und von den Vertretern der deutschen Minderheit beim Völkerverbund, unternommen wird.

Der Streit über diese taktische Frage nahm in der Geschäftsordnungsdebatte so scharfe Formen an, daß von den Rednern der Bayerischen Volkspartei, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten erklärt wurde, nach den Kostproben dieser Geschäftsordnungsdebatte könne man von einer außenpolitischen Aussprache keine günstige Wirkung für die obereschlesischen Volksgenossen erwarten.

Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten, des Landvolks und der Deutschnationalen wurde eine außenpolitische Debatte abgelehnt. Gegen diesen Antrag stimmten auch die Christlich-Sozialen. Sie haben zwar erklärt, daß sie mit dem Außenminister Dr. Curtius nicht einverstanden sind, sie wollen aber die Auseinandersetzung nicht in dem jetzigen Zeitpunkt führen.

Am heutigen Mittwoch, 3 Uhr, soll die Aussprache über das Pensionskürzungsgesetz zu Ende geführt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolegesetzes als Initiativantrag eingebracht. Darin wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Zweck der Reichsaufsicht soll sein, Schädigungen von sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie des Gemeinwohles zu verhindern sowie Zusammenschlüsse und Vereinbarungen in sozialen, im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu fördern. Desgleichen legt die sozialdemokratische Fraktion den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes vor.

Die Etatsreferate im Haushaltsausschuß

DDJ, Berlin, 10. Dez. (Tel.). Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am heutigen Mittwoch früh die Verteilung der Referate über die einzelnen Haushalte des Etats 1931 vor, der ihm vom Plenum am Samstag zur Weiterberatung überwiesen worden ist.

Bei den großen Haushalten erhielt das Referat für das Auswärtige Amt die Deutsche Volkspartei; für das Reichsministerium des Innern das Zentrum; für das Reichsarbeitsministerium und das Reichswehrministerium die Sozialdemokratie; für das Reichsfinanzministerium und das Reichsverkehrsministerium die Nationalsozialisten; für das Reichsjustizministerium die Deutschnationalen; schließlich für die allgemeine Finanzverwaltung die Kommunisten.

Im übrigen standen auf der Tagesordnung nur kleinere Vorlagen, darunter die Änderung des Postfinanzgesetzes, wonach künftig die Anteile der Reichspost nicht mehr nach dem Gewinn, sondern nach den Bruttoeinnahmen der Reichspost berechnet werden sollen.

Der Steuerauschuß des Reichstages konstituierte sich am gestrigen Dienstag Abend. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Oberfohren (Dnt.) wiedergewählt. Sein Stellvertreter wurde Abgeordneter Dr. Neubauer (Komm.). Als Berichtserstatter wurde Abgeordneter Dr. Kupp, Karlsruhe (NatSoz.), bestellt.

Kein Zwischenfall bei einem Reichswehrtransport. Wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß ein Reichswehrtransport auf einer Station im polnischen Korridor mit Steinen beschossen worden sei, unzutreffend. Die Feststellungen des Reichswehrministeriums haben ergeben, daß kein Truppentransport im Korridor irgendwie belästigt worden ist.

Der im Lohnstreit in der niederschlesischen Metallindustrie gefällte Schiedsspruch fürst am 15. Dezember die Lohnsätze für die gelehrten und angelernten Arbeiter um 6 Prozent, für ungelernete Arbeiter um 5 Prozent, für Frauen um 4 Prozent und senkt die Akkordbasis um 6 Prozent.

Beilegung des Konfliktes in der Bielefelder Metallindustrie. In dem Kartell- und Lohnstreit in der Bielefelder Metallindustrie fanden Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Sie endeten mit einer Vereinbarung der Parteien auf der Grundlage des Schiedspruches vom 1. Dezember 1930, wonach eine Lohnsenkung der tariflichen Akkordrichtsätze um 5 Proz., der Stundenlöhne um 3 Proz. eintritt. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden.

Gegen den Remarque-Film Neue Kundgebungen der Nationalsozialisten

Zu einer Meldung, daß das Reichskabinett sich heute mit dem vielumstrittenen Film „Im Westen nichts Neues“ beschäftigt und ihn sich auch ansehen werde, wird von unterrichteter Seite erklärt, daß diese Darstellung, als ob der Film nun plötzlich eine Kabinettsangelegenheit geworden sei, falsch ist. Zweifellos wird sich der eine oder andere Minister durch den Besuch einer Aufführung einen persönlichen Eindruck verschaffen, im übrigen wird die Frage der Zulassung oder des Verbots des Films als eine Angelegenheit angesehen, für die die Filmoberprüfstelle zuständig ist. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat sich am Dienstag den Film in seinem Ministerium vorführen lassen. Er soll es seinerseits abgelehnt haben, den Film zu verbieten.

Im Berliner Westen kam es heute nacht zu neuen Kundgebungen der Nationalsozialisten und schweren Tumulten. Die Vorführungen selbst wurden ohne Zwischenfälle zu Ende geführt. Schon bei der ersten Demonstration gab es Zusammenstöße mit der Polizei. Gegen 212 Uhr hielt Goebbels am „Knie“ eine Rede, in der er für den heutigen Mittwoch eine Kampfpause ankündigte und sagte, daß am Donnerstag die Entscheidung darüber fallen werde, ob der Film weitergespielt wird. Werde der Film weitergespielt, so würden mit noch größerer Energie die Demonstrationen wiederholt, bis der Film verschwinde. Er forderte die Anwesenden auf, äußerste Disziplin zu bewahren und sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen. Im Verlauf der Kundgebungen wurde der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius verhaftet, weil er den Kommandeur der Schutzpolizei wiederholt in seinen Antisidandlungen störte. Nach Mitternacht kam es zu weiteren Demonstrationen, wobei Dr. Goebbels eine zweite Ansprache hielt. Vor der Ansprache wurde ein Auto des Überfallkommandos mit faulen Eiern und faujzigsten Beschläßsteinen beworfen. Als die Beamten in größere Bedrängnis gerieten, gaben sie mehrere Schreckschüsse in die Luft ab. Nach der Rede von Dr. Goebbels löste sich auch der zweite Demonstrationzug auf, und es trat im allgemeinen Ruhe ein.

3762 000 Arbeitslose Die Arbeitsmarktlage im Reich

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die die Wintermonate mit sich zu bringen pflegt, hat nach dem Bericht der Reichsanstalt in der zweiten Novemberhälfte d. J. nicht das Ausmaß erreicht, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Einen Ausschritt der gesamten Arbeitslosigkeit geben die Ziffern der Unterstützungsanstalten. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Krüfenunterstützung rund 586 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung (i. B. Zunahme von rund 1 015 000 auf 1 155 000 auf 1 170 000). Ähnlich ist das Bild, das die Entwicklung der Zahlen der Arbeitsuchenden gibt. Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als Arbeitslose zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 v. H. mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die Zunahme in der zweiten Novemberhälfte mit 202 000 oder 15,2 v. H. war jedoch sowohl absolut wie im Verhältnis nicht unerheblich höher als in diesem Jahr.

Aus der neuen Notverordnung Änderung der Bürgersteuer

In einem Rundschreiben weist das Reichsfinanzministerium auf die Änderungen hin, welche bei der Erhebung der Bürgersteuer durch die Vorschriften der neuen Notverordnung eingetreten sind.

Bereits für das Rechnungsjahr 1930 wird der Kreis der von der Bürgersteuer befreiten Personen erweitert. Über die alten Bestimmungen hinaus sind auch die Personen befreit, denen kein Wahlrecht zusteht oder die Arbeitslosenunterstützung oder Renten aus der reichsgerichtlichen Sozialversicherung oder eine Zusatzrente empfangen. Krüfenunterstützte sind auch dann befreit, wenn die Unterstützung nicht seit einem Monat läuft. Die Befreiung der nicht wahlberechtigten Personen tritt ein, wenn das Wahlrecht am Stichtag ausgefallen war oder ruhte. Die Befreiung der Empfänger von Arbeitslosen- oder Krüfenunterstützung der Klein- und Sozialrentner sowie der Zusatzrentenempfänger tritt ein, wenn die Voraussetzungen am Fälligkeitstag der Bürgersteuer vorgelegen haben. Solange die Landesföge der Bürgersteuer noch nicht festgelegt sind, gelten die in der Notverordnung bezeichneten Mindestbeträge als Landesföge.

Alle übrigen Änderungen kommen erst für das Rechnungsjahr 1931 in Frage, von diesem Termin an sind nur solche Personen steuerpflichtig, die eine selbständige Existenz gegründet haben, oder über ein selbständiges Einkommen verfügen und im Haushalt Verwandter leben. Ferner wird der Landesföge in gewisser Hinsicht anders gestaltet. Ebenso wird die Verkopplung der Gemeindebürgersteuer und der Bürgersteuer mit den Gemeinde-Realsteuern anderweitig gestaltet. Außerdem sind die Gemeinden ab 1. April 1931 berechtigt, einen Zuschlag zur Bürgersteuer zu erheben.

Fristschluß für Rentenanträge in der Angestelltenversicherung

Durch Gesetz vom 7. März 1929 ist die Wartezeit in der Angestelltenversicherung allgemein auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt worden. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Das Gesetz ist mit Wirkung vom 1. März 1929 in Kraft getreten. Ist ein Leistungsantrag vor diesem Zeitpunkt rechtskräftig abgemeldet worden, weil die Wartezeit nicht erfüllt war, so kann, wenn nach dem Gesetz vom 7. März 1929 die Wartezeit erfüllt ist, die Nachprüfung des Rentenanspruches beantragt werden. Der Antrag muß aber bis zum Schluß des Jahres 1930 gestellt sein.

19. Deutscher Berufsschultag in Mannheim. Der Vorstand des Deutschen Vereins für Berufsschulwesen hat die Einladung des Oberbürgermeisters, im Jahre 1931 in Mannheim ein Tagung, angenommen. Der 19. Deutsche Berufsschultag wird in der ersten Oktoberwoche 1931 in Mannheim stattfinden. Es handelt sich um eine bedeutende Veranstaltung — an der letzten Tagung in Halle nahmen nahezu 800 Personen teil —. Für die Durchführung der Tagung, die mit einer Ausstellung verbunden sein wird, haben die Direktoren der Handels- und Gewerbeschulen, das Stadtschulamt und die Direktoren der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule ihre Mitwirkung zugesichert.

Bei einer Verkehrskatastrophe in Leningrad Anfang Dezember, waren infolge des Zusammenstoßes einer Straßenbahn mit einem Eisenbahnzug 28 Personen getötet und 19 verletzt worden. 16 Angestellte hatten sich deshalb vor dem Gerichtshof zu verantworten. Es erhielten die 8 Hauptangeklagten, darunter der Stationschef und der Straßenbahnführer, eine Gefängnisstrafe von je 10 Jahren; die übrigen 8 Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 5 Jahren verurteilt.

Badischer Teil

Die neuen Zollbestimmungen im kleinen Grenzverkehr

Die vom Hauptzollamt Strassburg erlassenen Vorschriften über die Wareneinfuhr im kleinen Grenzverkehr sind in Presseangriffen als Zollschikanen bezeichnet worden. Wie von zuständiger Seite dazu bemerkt wird, handelt es sich bei den neuen Vorschriften um Maßnahmen, die gleichermaßen sämtliche Hauptzollämter an der deutsch-schweizerischen Grenze ergreifen haben, und die den gesetzlichen Bestimmungen des Vereinszollgesetzes genügen.

Um eine Schikane kann es sich um so weniger handeln, als die deutsche Zollbehörde mit ihren Vorschriften lediglich eingetragene grobe Mißstände trifft. Wenn behauptet wird, daß durch die Bestimmung, daß jede Person nur einmal am Tage zollfreie Warenmengen über die Grenze bringen darf, die Arbeitergeschädigt würde, so ist das falsch. Ein Arbeiter, auch ein gut verdienender, ist gar nicht in der Lage, mehr als einmal täglich die Grenze zu überschreiten, um die zollfreien Mengen zu kaufen. Er kann mit einem einmaligen Grenzübertritt soviel Waren einführen, die er nicht in der Lage ist, in einem Tag zu verzehren. Mit den Bestimmungen ist aber jener Schwarzhandel unterbunden worden, der in der letzten Zeit beobachtet wurde. So wurde z. B. festgestellt, daß am Grenzübergang Horn ein Grenzgänger zweimal hintereinander die Grenze überschritt und dabei jedesmal die zollfreien Waren hereinbrachte, die dann mit einem Handlaren auf deutschem Boden weiter befördert wurden. In einem anderen Fall haben zwei Personen einmal an einem Tage die Grenze überschritten, und die zugelassenen Warenmengen eingeführt. Solche Beispiele könnten zu Hunderten angeführt werden. Nur diese werden durch die erlassenen Bestimmungen unterbunden.

Gemeindenachschlagebuch für die Jahre 1927/1931

Im Verlag der Buchdruckerei L. Belsche in Wonnordorf im Schwarzwald ist jenes das oben erwähnte, von Revisionsinspektor Gremmlspacher, Schopfheim, entworfene Gemeindenachschlagebuch erschienen. Mit Rücksicht darauf, daß es bei der Vielgestaltigkeit der Gemeindeverwaltung und ihrer Aufgaben oft schwer und zeitraubend ist, rasch und zuverlässig auf Fragen über finanzielle, wirtschaftliche und die Verwaltung betreffende Fragen der Gemeinden Auskunft zu erhalten, ist ein solches Nachschlagebuch, das bei genauer Ausfüllung über alle Vorgänge in der Gemeinde Auskunft geben kann, sicher nicht nur ein stets zur Verfügung stehendes Auskunftsmittel für die Kommunalbeamten und sonstige Interessenten, sondern auch eine wertvolle Quelle für die Geschichte der einzelnen Gemeinden. Das Nachschlagebuch Gremmlspachers sieht Eintragungen vor über allgemeine Verhältnisse in der Gemeinde, Verwaltungseinteilung, Gemeindegebiet und Bevölkerung, Viehhaltung, Gemeindevertretung usw., Kirchen, Baubauwerke, Sittungen, verschiedene Wirtschaftsklassen, Wohnungsbau, die Vermögensverhältnisse der Gemeinde und deren Liegenschaftsbesitz, Wahlergebnisse. Das übersichtlich aufgebaute und technisch gut ausgestattete Buch wird sich zweifellos gut einführen.

Aus der badischen Industrie

Mitte Januar Arbeitsaufnahme bei Lang? Wie verlautet, wird bei Heinrich Lang AG. in Mannheim voraussichtlich bis Mitte Januar 1931 mit der Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen sein. Der Firma soll es gelungen sein, größere Aufträge sofort hereinzubekommen. Ende Januar soll die Gesamtarbeitskraft (etwa 1800 Mann) wieder beschäftigt sein.

Der Lohnstarif für die badische Papierindustrie wurde vom Arbeitgeberverband auf den 31. Dezember 1930 gekündigt und vorgeschlagen, daß der Lohn von 76,5 Reichspfennig um 15 Prozent gekürzt werden soll. Die Papierarbeiter von Ettlingen und Umgebung haben am Sonntag, den 7. Dezember, in einer Versammlung einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der sie entschieden gegen den verlangten Lohnabbau protestieren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein Tiefdruckausläufer ist vorübergezogen und hat uns wieder Niederschläge gebracht. Auch ist es etwas milder geworden. Im Westen folgt jetzt ein Zwischenhoch vor einer kräftigen atlantischen Zyklone. Heute nacht wird es daher in Aufklärungsgebieten noch zu starkem Frost kommen, während für morgen mit dem Einsetzen der neuen Störung zu rechnen ist. Voraussage: Nach kurzer Aufbesserung mit leichten nördlichen Strahlungsfrösten aufsteigende Südwestwinde und verbreitete Niederschläge.

Buchkritik

Japan mit Korea und Formosa von F. M. Traut

Wichtige Bände der Sammlung „Orbis terrarum“ liegen jetzt vor, und soeben ist der neunte Band erschienen. Der Preis des einzelnen Bandes beträgt 24 RM, und 33 Bände sind im ganzen vorgesehen. Jeder von ihnen enthält 300 Bilder. Seinem Titel entsprechend umfaßt das Unternehmen den ganzen Erdkreis, alle irgendwie beachtenswerten Völker und Gebiete. (Atlantis-Verlag, Berlin.)

Es gibt nur wenige Verlagsunternehmungen großen Stils, die von Anfang an bei der zuständigen Kritik und beim Publikum einen solchen nachhaltigen Beifall gefunden haben, wie dieses. Und zwar erntet dieser Beifall nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in den anderen kultivierten Ländern ebenfalls. Denn in seiner Einzigartigkeit empfiehlt sich das Werk ja schließlich allen Gebildeten der Welt. Und es ist selbstverständlich, daß etwa ein Band, wie Skandinavien, nicht nur im Heimatlande des Verlags, also bei uns in Deutschland, seine Freunde und Käufer findet, sondern vielleicht noch mehr in dem Gebiet, dem er gewidmet ist, also in Schweden, Norwegen und Dänemark.

Die Reproduktionstechnik in den bisher erschienenen Bänden steht auf einer Höhe, die nicht überboten werden kann. Das ist die Meinung des Inlandes und des Auslandes. Ebenso bewundernswert ist die Auswahl und des Ausdrucks. Ebenso Spürsinn und bestem Geschmack sind die einzelnen Länder durchforscht worden. Und viele, die ihr Vaterland durch ihre Reisen gut zu kennen glauben, sind durch diese Bände dahin belehrt worden, daß es noch manches gibt, was ihr Auge noch nie gesehen hat. Und hier genießen sie es nun in Abbildungen, deren technische Exaktheit und stimmungsvoller Reiz einander ebenbürtig sind.

Der neueste Band heißt „Japan mit Korea und Formosa“. Er rundet mit den drei Bänden über Indien, China und Indochina die bildmäßige Anschauung, die wir von Asien gewinnen können, zwar noch nicht ab, da Nordafrika und Westafrika fehlen, aber er bietet uns doch zusammen mit jenen Bänden insofern ein zusammengehöriges Ganzes, als es die großen, asiatischen Kulturen sind, die wir hier im Bilde genießen. Neben ihnen spielen Persien, Kleinasien, Turkestan und Sibirien doch nur die zweite Rolle, so interessant und notwendig ihre bildmäßige Erschließung auch sein mag.

Aus der Landeshauptstadt

Die Post in Erwartung des Weihnachtspaketverkehrs. Um den gesteigerten Anforderungen des Weihnachtspaketverkehrs gerecht zu werden, hat die Post, gestützt auf die Erfahrungen der früheren Jahre, umfassende Vorkehrungen getroffen, die eine schnelle und pünktliche Zuführung der Sendungen in die Hand des Empfängers erwarten lassen. Die Annahmeschalter werden dem Bedürfnis entsprechend vermehrt, neben den bestehenden Postverbindungen sind zahlreiche außergewöhnliche Beförderungsgelegenheiten auf der Bahn und auf Landwegen vorgesehen. Soweit die Pakete vom Empfänger nicht abgeholt werden, erfolgt ihre Zustellung unter Vermehrung der Betriebsmittel und der Zustellkräfte ohne besondere Kosten mit der gewohnten Pünktlichkeit. Wer seine Pakete rechtzeitig bei der Post aufliest, kann sicher sein, daß sie zu der gewünschten Zeit dem Empfänger erreichen. Wer verhindert ist, seine Pakete persönlich bei der Post aufzuliefern, oder sich den Weg zum Postamt sparen will, gebe sie dem Paketzusteller mit. Das kann überall geschehen, wo die Paketzustellung mit Fuhrwerk ausgeführt wird. Die Gebühr für die Mitnahme beträgt 20 Pf. für ein Paket.

Zunahme des Fremdenverkehrs in Karlsruhe. Nach den Feststellungen des Badischen Verkehrsverbandes sind in Karlsruhe in den Monaten Januar bis einschließlich August, insgesamt 97 238 Fremde angekommen. Die Übernachtungen belaufen sich auf 161 207. Damit steht die badische Landeshauptstadt, was die Zahl der angekommenen Fremden anbelangt, an dritter Stelle unter den badischen Fremdenplätzen nach Heidelberg und Freiburg und hinsichtlich der Übernachtungen an vierter Stelle nach Baden-Baden, Freiburg und Heidelberg. — Wie das Städtische Statistische Amt Karlsruhe mitteilt, sind seit Jahresanfang bis Ende September 110 978 Fremde als angekommen gezählt worden.

Raupenverteilung. Die Zeit für die Verteilung der Raupen ist gekommen. Im Hinblick auf die Bedeutung einer wirksamen Bekämpfung der Raupenplage für den Obst- und Gemüsebau, mithin auch für die Volksernährung, wird auf diese Notwendigkeit hingewiesen. In Karlsruhe ist jeder Besitzer von Obst- und Zierbäumen sowie Sträuchern in Gärten, Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Dämmen verpflichtet, die Bäume und Sträucher bis spätestens 15. Februar 1931 von Raupennestern zu reinigen. Nach diesem Zeitpunkt wird eine Nachschau veranstaltet. Diejenigen Besitzer, die unterlassen haben, die Verteilung vorzunehmen, machen sich strafbar und haben außerdem noch die Kosten für die Entfernung der Raupennester zu tragen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus — „Lohnbuchhalter Arrente“. Ein Zeitfilm, der leider nur zu sehr das tragische Schicksal eines Mannes betont, der der Nationalisierung zum Opfer fällt. Noch kann und will er es nicht begreifen, daß das Schicksal ihn so unerbittlich ansieht. Er sieht sich plötzlich unter eine Kategorie von Menschen gestellt, die er vorher in seiner vermeintlichen sicheren Stellung verachtet hat. Er war bis jetzt der Meinung, daß alle die, welche arbeitslos sind, selbst die Schuld tragen, da sie nicht arbeiten wollten. Jetzt erst merkt er, warum der Ruf von Millionen um den Erdball schallt: „Gibt Arbeit!“ Leider trägt er sein Schicksal nicht bis zum Außersten, er entzieht sich seinen Pflichten für das Leben seiner Kinder, und sucht den Freitod. — Vorher erleben wir einen herrlichen Naturfilm „Das steinerne Meer“. Die Gegend um den „Wagmann“, mit all den wunderbaren Schönheiten des oberbayerischen Alpenlandes, erzieht vor unserem Auge. Besonders das Pflanzen- und Tierleben hat der Kameramann der Natur abgelaußt. — Nicht vergessen werden soll die Musik, die sich alle Mühe gibt, verständnisvoll mitzuwirken.

Alte und neue Weihnachtsumfak. Am Sonntag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet der Badische Kammerchor unter der Leitung Franz Philipps gemeinsam mit dem Konzertorganisten Wilhelm Krauß und dem vom Konzertmeister Josef Weisner dirigierten Badischen Kammerorchester, ein Weihnachtssongfest. Diese, in dem großen Saal der Städtischen Festhalle in Karlsruhe stattfindende Veranstaltung, welche zu einem Einheitspreis von 1 RM allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden soll, wird ohne Zweifel überall dankbar begrüßt werden, da sie mit einfachen Mitteln in höchstwertiger künstlerischer Darbietung durch einen Vortrag seltener und inniger weihnachtlicher Musik lichte und befehlende Stimmung zur Vorbereitung für das Weihnachtstfest bringen wird.

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 4 1/2 Proz. ermäßigt.

Es ist ein glücklicher Zufall, daß gerade in den letzten Wochen eine japanische Schauspielergesellschaft Deutschland bereist und damit das Interesse der Gebildeten für japanische Kultur von neuem belebt hat. Und das Werk kommt diesem Interesse weit entgegen. Die Landschaft und die Menschen Japans mit ihrer eigenartigen, charaktervollen Baukunst werden hier vor uns lebendig. Aber die Schönheit dieser Landschaft hat der Herausgeber des Bandes, F. M. Traut, eine ausgezeichnete Abhandlung dem Bilderteil vorausgeschickt. Von ihm rührt auch das Verzeichnis der Bilder her. Es ist sehr sorgsam bearbeitet und enthält gut unterrichtende, knappe Bemerkungen. Beigefügt ist auch eine Landkarte, und eingeleitet wird das Ganze durch ein Geleitwort unseres früheren Botschafters in Tokio, Dr. Solz.

Landschaft, Baukunst und Volksleben! Diese galt es im photographischen Bilde festzuhalten. Eine Reihe von Künstlern der Linse haben sich dieser Aufgabe unterzogen, so A. von Graefe, G. von Estorff, Gertrud Zellner, Herbert Ronting. Alle ihre Aufnahmen sind des höchsten Lobes würdig. Wir sind überzeugt, daß der Band „Japan“ eines der beliebtesten Weihnachtsgeschenke dieses Jahres sein wird. Wir empfehlen ihn hiermit aufs wärmste. C. A.

Braun-Ziegfeld: Geopolitischer Gesichtspunkt nebst Weltgeschichte im Aufriß. (Zweite Teile zusammen 20 RM. Verlag L. Schermann, Dresden.) — Diese beiden Bücher gehören auf den Tisch oder in die Bibliothek eines jeden deutschen Staatsbürgers, der sich mit Politik beschäftigt, die Weltgeschichte des politischen Teils der Zeitungen wirklich verstehen will und von den geschichtlichen Zusammenhängen eine klare Auffassung zu haben wünscht. Wir haben es hier mit einer der verdienstlichsten und nützlichsten Neuerwerbungen der letzten Jahre zu tun.

Das Werk baut sich auf geopolitischen Gedankengängen und Grundfragen auf: Das heißt: Es beruht auf der ersten Linie den Einfluß, den die geographische Lage und ihre Bedingungen auf die Weltgeschichte ausgeübt haben. Diese Betrachtungsweise ist in sich durchaus gerechtfertigt. Denn die geographische Lage ist der Hauptfaktor, der die Geschichte eines Volkes formt. Diese Betrachtungsweise hat aber noch einen anderen Vorzug, nämlich den, daß sie, wie keine zweite, zu anschaulichen Vorstellungen an Hand der Landkarte führt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die deutsch-schweizerischen Studentenbeziehungen

Wie berichtet, hat der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Freiburg beschlossen, die Durchführung der Hochschulwettkämpfe Freiburg-Basel davon abhängig zu machen, daß die Vertreter der Basler Studentenschaft offiziell von der antideutschen Haltung der schweizerischen Vertreter auf den Internationalen Studentenkongress in Brüssel abrüde. Wie die Basler „Nationalzeitung“ dazu meldet, hat die Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften in Zürich die Haltung ihrer Delegation auf dem Brüsseler Kongress voll und ganz sanktioniert. Es ist daher wohl nicht möglich, daß die Basler Studentenschaft, nachdem sie erst vor kaum 8 Tagen in Zürich ihren Vertretern in Brüssel das Vertrauen ausgesprochen hat, die Bedingungen erfüllt, die notwendig sind, um den Hochschulwettkampf Freiburg-Basel durchzuführen.

D. J. Mühlheim, 9. Dez. Minister Kemmle hat gegen die nationalsozialistischen Sängere des Müllerliedes bei seiner Wahlversammlung in Mühlheim kurz vor dem Gemeindevahlen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. Dezember		1. Dezember	
	Devisen	Preis	Devisen	Preis
Amsterdam 100 G.	168.61	168.95	168.59	168.93
Kopenhagen 100 Kr.	112.02	112.24	112.02	112.24
Italien . . . 100 L.	21.935	21.975	21.94	21.98
London . . . 1 Pf.	20.339	20.379	20.339	20.379
New York 1 D.	4.1865	4.1945	4.1865	4.1945
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	81.13	81.29	81.14	81.30
Wien 100 Schilling	58.90	59.02	58.93	59.05
Prag . . . 100 Kr.	12.419	12.439	12.419	12.439

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 1. bis 6. Dezember 1930 auf 90,4 gegenüber 88,9 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 85,0 (82,6), Gruppe verarbeitende Industrie auf 79,5 (78,4) und Gruppe Handel und Verkehr auf 114,2 (112,9).

Der Übergang der Wandfabrikation an ein Konfjortium. Nach einer Mitteilung eines Aktionärs der Gesellschaft für Wandfabrikation in Basel, wurde in der Generalversammlung die Sädinger Fabrik, die etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, und die 1836 gegründet wurde, an ein Konfjortium unter Führung von Dr. Sadelberger in Delfingen — dem badischen Mitglied des Verwaltungsrates der Reichseisenbahn — zum Preise von 328 787 Reichsmark übergeben. Die Gesellschaft für Wandfabrikation wird dem Konfjortium alle Geschäftsanteile der Basler Gesellschaft in Sädlingen übergeben, ferner alle auf ihren Namen eingetragenen, in Deutschland liegenden Immobilien und Mobilien. Die Basler Gesellschaft verzichtet auf ihre Kontoforderungen, dafür übernimmt das neue Konfjortium sämtliche Steuerschulden der alten Firma gegenüber dem Deutschen Reich, dem Freistaat Baden und den sämtlichen beteiligten Gemeinden auf sich. Es sind Verhandlungen über wesentliche Steuernachlässe und Steuererleichterungen im Gange. Schließlich wurde noch beschlossen, eine Zuwendung von 50 000 Franken an den Unterstützungsfonds für die Angestellten zu leisten.

Sicherlegung von Waldhof? Wie aus Berlin gemeldet wird, soll infolge der Gründung des Deutschen Zellstoffindustrials mit dem Sitz in Berlin bei Zellstoff Waldhof angegliedert ernthaft der Plan erwogen werden, den Sitz der Verwaltung nun doch von Mannheim nach Berlin zu verlegen. Die Mannheimer Betriebe sollen dabei unverändert weitergeführt werden.

Keine Kündigung der Aufwertungshypotheken der Hypothekbank vor 1935. Die privaten Hypothekbank haben sich nun bereit erklärt, ihre genügend gesicherten Aufwertungshypotheken, soweit sie nicht insbesondere schon als Tilgungshypotheken länger laufen, bis zum 1. Januar 1935 zu dem neuen gesetzlichen Zinsfuß (ab 1. Januar 1932: 7 1/2 Prozent) den Schuldnern zu belassen, ohne hierfür eine Provisionsprovision zu erheben. Dabei ist man sich unter den Hypothekbank darüber klar, daß auch nach diesem Zeitpunkt die Abwicklung des Aufwertungsgeschäftes nur nach und nach zu vollziehen ist. — Hinsichtlich des Pfandbriefstypus wurde an dem bisherigen Standpunkt (7 Prozent) festgehalten.

Die beiden Bände sind von handlichem Format. Sie beschränken sich jeweils auf das Allerwichtigste. Aber sie genügen für ihren Zweck vollkommen. Wer die knapp gefasste „Weltgeschichte im Aufriß“ durchgelesen hat — natürlich unter ständiger Zuhilfenahme des geopolitischen Geschichtsatlasses —, der wird den Dank mit empfinden können, den wir dem Verlag und den beiden Verfassern schulden. Natürlich ist das ganze Werk zugeschnitten auf die Bedürfnisse des deutschen Lesers. Die Ausstattung ist sorgsam und gediegen. In Anbetracht des relativ billigen Preises ist der Atlas nur in Schwarz-Weiß gehalten. Aber seine Übersichtlichkeit und Brauchbarkeit leidet darunter keineswegs. C. A.

Edgar J. Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich. (Zweite Auflage, 6. bis 10. Tausend, Berlin 1930, Verlag Deutsche Rundschau, G. m. b. H.) — Dieses Werk, das bei seinem Erscheinen Aufsehen erregte, umfaßt beinahe 700 Seiten. Es ist ein Werk nationalpolitischer Prägung. Und wer sich in die Gedankengänge des Nationalismus, der äußersten Rechten einarbeiten will, der wird bei der Lektüre dieses Buches dazu die beste Gelegenheit haben. Mit einer Handbewegung läßt sich das Buch jedenfalls nicht beiseite schieben. Dazu ist es in vielen Teilen viel zu gründlich, dazu arbeitet es viel zu sehr mit unwiderleglichem, statistischem Material. Etwas anderes ist es mit den Schlussfolgerungen, die der Verfasser zieht, mit der Tendenz seiner Arbeit. Hier finden sich mannigfache Übertreibungen und Verzerrungen. Aufgabe des Politikers und des Kulturhistorikers ist es, sich mit Jung auseinanderzusetzen, ihn zu widerlegen, wo er irrt, und sich mit ihm zu verbünden, wo er Ideen bekennt, die wirklich für die deutsche Zukunft fruchtbar sind. Die Tendenz des Werkes ist so aristokratisch und so undemokratisch als nur irgend möglich. Es ist das geistige Produkt einer Zeit, die durch die Krisis des demokratischen Gedankens gekennzeichnet ist. Vom demokratischen Standpunkt aus kann man nur wünschen, daß diese Krisis zu einer Klärung und zu einer Gesundung führt. So gesehen, könnte das Buch von Jung der Ansporn sein zu mancher kritischen Überlegung, die man bisher anzustellen veräumt hat, die aber zur Überwindung jener Krisis wahrscheinlich dringend notwendig ist. K. L.

Gemeinderundschau Stadtratswahlen

In Mannheim haben sich die Stadtverordneten der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und gemeinsame Vorschläge für Stadtrat und Stadtverordnetenvorstand eingereicht.

In Baden-Baden erhielten: Zentrum 6, Nationalsozialisten 5, Sozialdemokraten 3, die gemeinsame Liste von Staatspartei und Wirtschaftspartei 3 (2 plus 1), die gemeinsame Liste der Dofer Bürgervereinigung und der Volkspartei 1 Mandat. — Der Stadtverordnetenvorstand wird sich künftig aus 2 Herren des Zentrums, 1 Sozialdemokraten, 1 Nationalsozialisten und 1 Wirtschaftsparteiler zusammensetzen. Zum Obmann des Stadtverordnetenvorstandes wurde wieder Justizrat Ketterer gewählt, der seit vielen Jahren dieses Amt versieht.

In Achern erhielt das Zentrum nunmehr auch im neuen Gemeinderat wiederum 4 Sitze, der Wirtschaftsbund 2, die Nationalsozialisten 2 und die Sozialdemokraten ebenfalls 2 Sitze. Die Demokraten stimmten für die Sozialdemokraten und verhalfen ihnen zum zweiten Sitz. Damit büßt das Zentrum den fünften Sitz ein.

In Offenburg wurden gewählt: Zentrum 5 (6), Sozialdemokraten 1 (3), Wirtschaftspartei 3 (0), Kommunisten 2 (0), Nationalsozialisten 3 (0), Mieter 1 (3), Staatspartei und Evang. Volksdienst 1 (2), Deutsche Volkspartei 0 (1), Deutschnationalen 0 (1). Von den bisherigen Stadträten wurden nur 5 wiedergewählt.

Die Freiburger Stadtratswahlen hatten folgendes Ergebnis: Bürgergemeinschaft 2 Sitze, Wirtschaftspartei 2, Sozialdemokraten 4, Nationalsozialisten 3, Zentrum 7 und Kommunisten 0 Sitze. Stadtverordnetenvorstand: Zentrum 28 Sitze, Sozialdemokraten 18, Bürgergemeinschaft 12 und Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei auf gemeinsamer Liste 23 Sitze.

In Waldkirch erhielten bei den Gemeinderatswahlen Sitze: Zentrum 6 (bisher 5), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 4 (5), Sozialdemokraten 1 (1), Kommunisten 0 (0).

N. 142. Karlsruhe. Über das Vermögen der Jalousie- und Rolladenfabrik Christian Zimmerle, Inh. Carl und Max Zimmerle hier, Gerwigstr. 36, wurde heute nachmittags, 4 1/2 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Emil Müller in Karlsruhe, Stephanienstr. 55. Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 2. Januar 1931, vormittags 11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 13. Februar 1931, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, III. Stad., Zimmer Nr. 253. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sachen und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 31. Januar 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 8. Dezember 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.

Verdingung.

Die Bauarbeiten der Stauffuse Hirschhorn der Redarkanalisation (Wehr, Schleuse, Kraftwerk, Schiffsweg) werden im öffentlichen Wettbewerb vergeben.

Die Arbeiten umfassen in der Hauptsache: Spundwände 780 m, Trockenaustrub 283 000 cbm, davon Fels 35 000 cbm, Aufbaggerung 54 000 cbm, Beton 50 000 cbm. N. 140.

Die Verdingungsunterlagen sind, soweit Vorrat reicht, vom 15. Dezember 1930 sowie am 2. und 12. Januar 1931, Treffpunkt: Bahnhof Hirschhorn. Zeit: 14 1/2 Uhr. Eröffnung der Angebote am 17. Januar 1931 vormittags 11 Uhr in den Geschäftsräumen des Redarbauamtes Heidelberg.

Redarbauamt Heidelberg.

Wir werben für Sie!

Bürgermeisterwahlen. In Speckart bei Ettlingen wurde der seitberige Bürgermeister Wendelin Weber mit 451 Stimmen wiedergewählt. — In Staufenberg bei Gernsbach, wurde der Kandidat der Hitler- und Bürgerpartei, Wilhelm Bender, zum Bürgermeister gewählt. — In Gellingen bei Buchen wählten über 90 Prozent. Von den Stimmen entfielen auf Bürgermeister Gremminger 339 Stimmen, auf Bürgermeister Radert 202 und auf Landwirt Kühn 170 Stimmen. Es ist also ein zweiter Wahlgang notwendig.

10 000 M für die Notgemeinschaft. Der Mannheimer Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember beschlossen, der Mannheimer Notgemeinschaft zur Durchführung ihrer fürsorgerischen Aufgaben einen einmaligen Beitrag von 10 000 Reichsmark zu bewilligen.

Bürgersteuer. Auch die Forstheimer Stadtverwaltung sieht sich genötigt, dem Bürgerausschuss, der am 12. Dezember zusammentritt, die Einführung der Bürgersteuer vorzuschlagen.

Stellvertretender Bürgermeister in Philippsburg. Am Samstagabend fand die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderats statt, in der Fabrikant Carl Halder zum Bürgermeisterstellvertreter ernannt wurde.

Bürgermeisterversammlung des Bruchfaler Bezirks. In der unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Bestoth in Bruchsal abgehaltenen Bürgermeister- und Ratsschreiberversammlung machte Forstrat Wassermann vom Forstamt Philippsburg die Mitteilung, daß infolge des Sturmchadens am 3. November zu abgabemäßigen 1800 Festmetern weitere 5000 Festmeter Holz anfallen. Zur Erreichung des notwendigen Ausgleiches für die kommenden Jahre und auch um ein zu großes momentanes Überangebot an Holz zu vermeiden, sagten die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden ihre Mithilfe zu. Über die Einführung der Bier-, Getränke- und Bürgersteuer herrschte geteilte Meinung.

Der neugewählte Bürgerausschuss Bruchsal trat am Freitag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Einstimmig wurden die Verträge über die abgeforderten Gemarkungen gutgeheißen, wonach die Gemarkung Bruchsal einen Waldzuwachs von über 1200 Hektar erhält, bei gleichzeitiger Gemarkungsvereinigung.

— Sodann folgte eine zweistündige Debatte über die Bürgersteuer, die schließlich mit 47 gegen 33 Stimmen angenommen wurde. Dagegen stimmten der Ev. Volksdienst, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach den neuen Wärdungen werden hier rund 5000 Personen von dieser Steuer ausgenommen und nur ein Gesamtbetrag von 25 000 Reichsmark zu erwarten sein.

Senkung der künftigen Werkstarife in Freiburg (Breisgau). Der Stadtrat Freiburg hat beschlossen, ab Dezember 1930 vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, vorläufig eine Ermäßigung der Gas- und Strompreise einzuführen. Bis auf weiteres soll auf die monatlichen Gas- und Strombezüge ein Preisnachlaß von 6 Proz. gewährt werden. Ausgeschlossen sind Strombezüge nach dem Wohnungstarif, weil dieser schon einen Durchschnittsrabatt von 44 Proz. gewährt. Obwohl die Straßenbahntarife als sehr mäßig zu bezeichnen sind, und obwohl der voranschlagsmäßige Zuschuß für die Straßenbahn voraussichtlich eine Erhöhung von rund 56 000 M erfahren wird, sollen die Preise für Kurzstreckenfahrtscheine gesenkt werden. An Stelle des Fahrplanheftes für 8 Fahrten zu 1,20 M soll ein solches für 5 Fahrten zu 0,70 M zur Ausgabe gelangen. Das bedeutet eine Senkung des Fahrpreises um 6,66 Proz. Die Preisnachlässe sollen vorerst bis zum März 1931 gewährt werden. Vom 1. Januar 1931 wird auf zwei nur gering frequentierten Teilstrecken eine Betriebseinsparung vorgenommen.

Weitere Schritte um die Hohenwaldbahn. Die Ausschussführung des Verkehrsverbandes Alb-Hohenwald ernannte eine Kommission, die in Karlsruhe bei der Regierung wegen des Ausbaues einer Straße auf dem Dachsberg und wegen Förderung des Bahnbauprojektes Albrud-Hohenwald-St. Blasien vorstellig werden soll. Bürgermeister Dr. Horster (Waldshut) erklärte, daß es besonders Reichsfinanzminister Dietrich zu danken sei, daß die Bahn von der Reichsbahn so schnell freigegeben worden sei. Die Kosten des Bahnbaues werden auf circa 13 Millionen Reichsmark geschätzt. Ein Viertel wird vom Reich, ein Viertel vom Land, ein Viertel von der deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft und der Rest von den interessierten Gemeinden aufzubringen sein.

Verdingung.

Die Bauarbeiten der Stauffuse Rodenau der Redarkanalisation (Wehr, Schleuse, Kraftwerk, Schiffsweg) werden im öffentlichen Wettbewerb vergeben. N. 141.

Die Arbeiten umfassen in der Hauptsache: Spundwände 820 m, Trockenaustrub 205 000 cbm, davon Fels 9 000 cbm, Aufbaggerung 90 000 cbm, Beton 50 000 cbm.

Die Verdingungsunterlagen sind, soweit Vorrat reicht, vom 22. Dezember 1930 ab beim Redarbauamt Heidelberg, Niedstr. 3 gegen eine Vergütung von 50.— (fünftägig) M erhältlich. Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrags.

Begehungen der Baustelle finden statt am 23. Dezember 1930 sowie am 2. und 12. Januar 1931. Treffpunkt: Bahnhof Eberbach. Zeit: 8 1/2 Uhr.

Eröffnung der Angebote am 17. Januar 1931 vormittags 11 Uhr in den Geschäftsräumen des Redarbauamtes Heidelberg.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 11. Dez. 1930
* D 10. Th.-Gem. III. S.-Gr.
2. Hälfte

Das Lamm des Armen

Tragikomödie
von Stefan Zweig
Regie: Baumbach

Mitwirkende:
Verteam. Ermath, Dahlen,
Gemede, Graf, Hiert,
Höder, Köpach, D. Kien-
scher, Koeble, Kuhne,
Mehner, Brüter, Schulze,
u. d. Arenz, Grimm, Müller,
S. Kiencher, Müller,
Seibert

Anfang 19 1/2 Ende 22
Preise A (0,70—5 M)

Fr. 12. 12. Carmen. Im
Königreichs-Meine Schwester
und ich. Sa. 13. 12. Nachmit-
tags: Der große Christoph.
Abends: Der Kaufmann
von Venedig. So. 14. 12.
Nachm: Jar und Zimmer-
mann. Abends: Cavalleria
rufficana. Hierauf: Der
Wajazzo. Im Rath: Meine
Schwester u. ich. Mo. 15. 12.
Die Nibelungen III. Ab-
teilung. In der Festhalle:
1. volkstümliches Konzert.



Das dunkle Starkbier in altbekannter Güte
ab 14. Dezember im Ausschank



Hunger tut weh!

Spende an die Karlsruher Notgemeinschaft!

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 22 100

ERICH IBEN

BAUMSCHULEN

AM REICHSBAHNHOF

TELEFON 291 ETTLINGEN

Qualitätsware

Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Gehölze, Allee-
bäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen u. Stauden

Ermäßigte Preise!

PORPHYRWERK

DOSENHEIM

HANS VATER

DOSENHEIM a. B. BRUCH

LIEFERT AUS SCHLOSS-U
HECKENMARKBRUCH

ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-

MATERIAL

Die Bauabteilung König-
in Rehl, Kriemhildstr. 4,
vergißt das Los III der
Erdarbeiten für die König-
verlegung bei Rehl mit
55 000 cbm Erdbewegung.
Angebotsvordrucke sind
gegen Voreinsendung von
4 M von der genannten
Dienststelle zu beziehen,
wo auch die Planunter-
lagen eingesehen werden
können. Führung über die
Baustelle am 11. d. M.
nachmittags 2 Uhr und am
16. d. M. vormittags 10 Uhr
vom Baubüro an. Eröff-
nungstermin 19. Dezem-
ber 1930, vorm. 10 1/2 Uhr,
bei der Bauabteilung König-
in Rehl, Aufschlagsstr. 1,
bis 5. Jan. 1931. N. 143